

## Beschluss

Resolution: Mit Zuversicht durch die Corona-Pandemie: wissenschaftlich und demokratisch

Gremium: Landesdelegiertenrat

Beschlussdatum: 27.11.2020

Tagesordnungspunkt: 2. Aussprache und Resolution zur Corona-Situation

## Antragstext

1 Die Situation ist ernst. Wir befinden uns mitten in der zweiten Welle der  
2 Corona-Pandemie, die – wie von Wissenschaftler\*innen und Mediziner\*innen  
3 vorausgesagt – die Wintermonate bestimmt.

4 Wir wissen, dass es angesichts der Fortschritte in der Impfstoff-Entwicklung  
5 darum geht, gemeinsam und solidarisch durch die zweite Welle und den Winter zu  
6 kommen. Wir wollen so viele Neuinfektionen wie möglich verhindern, damit im  
7 Frühjahr und Sommer unser Leben nicht mehr durch massive Kontaktbeschränkungen  
8 geprägt sein wird. Die Pandemie wird auch dann nicht zu Ende sein, aber wir  
9 werden besser als aktuell mit ihren Folgen umgehen können, insbesondere auch  
10 dann, wenn Impfungen für Risikogruppen sowie für medizinisches Personal zur  
11 Verfügung stehen. Und wenn wieder mehr Aktivitäten im Freien statt in  
12 Innenräumen stattfinden können.

13 Die Pandemie stellt unsere Art zu leben in Frage. Für uns Bündnisgrüne ist die  
14 „alte Normalität“ nicht erstrebenswert, da in dieser Probleme entstanden, die  
15 durch die Pandemie verstärkt wurden. Wir wollen jetzt langfristige Weichen für  
16 eine gerechtere Gesellschaft stellen. Eine Gesellschaft, in deren  
17 Gesundheitssystem das Wohlbefinden der Menschen und nicht Profit im Vordergrund  
18 steht und der das Bildungssystem Ungleichheiten beseitigt statt sie zu  
19 verstärken.

20 Wir wissen: Nur Veränderung schafft Halt. Unsere Gesellschaft kann sich ändern.  
21 Wir gehen deshalb mit Mut und Zuversicht in die nächsten Monate. Wir wissen,  
22 dass keine einfache Zeit vor uns liegt. Als Gesellschaft müssen wir  
23 zusammenhalten, dürfen wir niemanden zurücklassen. Mit Solidarität,  
24 Rücksichtnahme aufeinander und einer auf Vernunft und wissenschaftlicher  
25 Erkenntnis basierten Politik wird es uns gelingen, in Deutschland, Europa und  
26 weltweit, diese Herausforderung zu meistern. Darauf bauen wir.

### 27 **Die Pandemie bedroht die Demokratie und den Rechtsstaat**

28 Seit Beginn der Corona-Pandemie wird auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes  
29 des Bundes und mittels Landesverordnungen drastisch in die Grundrechte aller  
30 Bürger\*innen eingegriffen. Die Pandemie ist deshalb auch eine demokratische  
31 Zumutung. Über die Wege ihr zu begegnen, muss gestritten werden.

32 Die in der vergangenen Woche verabschiedete Novelle des Infektionsschutzgesetzes  
33 begrüßen wir. Mit dem 3. Bevölkerungsschutzgesetz wird die Bekämpfung der  
34 Pandemie demokratisch besser legitimiert und bekommt eine solide gesetzliche  
35 Grundlage. Wir können die Pandemie nur wirkungsvoll bekämpfen, wenn

36 Infektionsschutzmaßnahmen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten. Die  
37 Chancen dafür verbessert das vorliegende Gesetz erheblich.

38 Mit dem Gesetz gibt es jetzt Leitplanken, unter welchen Bedingungen in  
39 Grundrechte zur Sicherung der Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitswesens  
40 eingegriffen werden darf und wie lange. Das Parlament beschreibt damit den  
41 Rahmen, innerhalb dessen Bundesregierung und Landesregierungen agieren können.  
42 Damit sind unsere Grundrechte besser geschützt. Zugleich ist mit diesem Gesetz  
43 weiterhin zügiges Reagieren auf das Infektionsgeschehen möglich.

44 Eine übergroße Mehrheit der Menschen im Land stützt die aktuellen Maßnahmen.  
45 Aber je länger die Pandemie andauert, desto mehr Raum braucht es für Information  
46 und Beteiligung der Parlamente. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Maßnahmen  
47 und das Selbstverständnis unserer Verfassung erfordern den öffentlichen Diskurs  
48 und die parlamentarische Verankerung derart gravierender Maßnahmen. Deshalb  
49 streiten wir in Sachsen-Anhalt für ein *Landes-Infektionsschutzgesetz*, das die  
50 Beteiligung des Landtags stärkt.

51 Grundrechte dürfen nicht über Monate hinweg allein von der Exekutive  
52 eingeschränkt werden. Für uns Bündnisgrüne gilt: Transparenz schafft Sicherheit  
53 und Vertrauen. Wir wollen Grundlagen für die jeweiligen politischen  
54 Entscheidungen vermitteln sowie die Verfahren und Kriterien offenlegen, die den  
55 dabei unumgänglichen Abwägungen zugrunde liegen. Wir erwarten daher von der  
56 Landesregierung, dass sie die ihren Entscheidungen zugrunde liegenden Daten  
57 jederzeit transparent macht. Dazu sind die in den unterschiedlichen Teilen der  
58 öffentlichen Verwaltung *vorhandenen Daten als offene, maschinenlesbare Daten für  
59 alle Bürger\*innen und das Parlament datenschutzkonform bereitzustellen.*

60 Der Landtag von Sachsen-Anhalt soll darüber hinaus für die Zeit der pandemischen  
61 Lage in jeder Plenarperiode neben der regulären Befragung der Landesregierung  
62 einen *Tagesordnungspunkt „Informationen der Landesregierung zur Pandemischen  
63 Lage“* vorsehen.

64 Zudem ist die Diskussion in Landesregierung und Parlament durch einen  
65 Pandemiebeirat zu begleiten. Hier sollen Vertreter\*innen unterschiedlicher  
66 Fachrichtungen aus der Wissenschaft, den kommunalen Spitzenverbänden und  
67 Vertreter\*innen wie der Kinder- und Jugendring oder der Landesseniorenrat  
68 zusammenkommen und Hinweise sowie Empfehlungen an die Landesregierung und den  
69 Landtag erarbeiten.

70 Die zunehmend von Rechtsextremen unterwanderten Demonstrationen und Kundgebungen  
71 so genannter „Querdenker“, d.h. Corona-Leugner\*innen, erweisen sich nicht nur  
72 als unverantwortliche Corona-Parties, weil Abstände nicht eingehalten und  
73 elementare Hygieneregeln nicht beachtet werden. Sie sind geprägt von  
74 Verschwörungsmethoden und Antisemitismus.

75 Wir streiten als Bündnisgrüne dafür, dass auch in der Pandemie das Grundrecht  
76 auf Versammlungsfreiheit umfänglich genutzt werden kann. Angriffe auf  
77 Journalist\*innen und Polizeibeamt\*innen, wie sie wiederholt und massiv von den  
78 Corona-Leugner-Demonstrationen ausgegangen sind, verurteilen wir in aller  
79 Schärfe. Wir erwarten, dass Polizei- und Versammlungsbehörden kluge Auflagen zum  
80 Schutz aller machen (insbesondere Maskenpflicht, Abstandsregeln und ggf. eine  
81 Maximalzahl für Teilnehmer\*innen) und mit Konsequenz gegen jene vorgehen, die  
82 Auflagen zum Schutz der Gesundheit missachten.

83 Corona-Leugner\*innen muss durch uns alle widersprochen werden. Als Bündnisgrüne  
84 versammeln wir uns hinter den Erkenntnissen der Wissenschaft und streiten für  
85 einen vernunftgeleiteten Weg durch die Pandemie.

86 Wo sich Corona-Leugner\*innen weiter radikalieren, braucht es klare Antworten  
87 auch der Sicherheitsbehörden. Wo der Rechtsstaat durch diese angegriffen und die  
88 freiheitlich-demokratische Grundordnung unterminiert wird, darf durch die  
89 Behörden nicht weggeschaut, sondern muss eingegriffen werden.

### 90 **Für ein starkes Gesundheitssystem**

91 Wir danken allen Ärzt\*innen, Pflegekräften und Physiotherapeut\*innen, die seit  
92 Jahren unter den strukturellen Schwierigkeiten fehlgeleiteter  
93 Bundesgesundheitspolitik leiden und unter den aktuell pandemiebedingt  
94 komplizierten Verhältnissen einen bewundernswerten Job machen.

95 Hier setzt auch unsere Kritik an. Seit Jahren ist von Bundesebene verschlafen  
96 worden, Arbeitsbedingungen und Bezahlung im Gesundheitssystem im Allgemeinen und  
97 in der Pflege im Besonderen wirksam zu verbessern. Die Pandemie hat nun alle  
98 Schwachstellen offengelegt. Es sind jetzt einige Verbesserungen auf den Weg  
99 gebracht worden. So ist auch den Gewerkschaften zu danken. Der von ihnen  
100 verhandelte neue Tarifvertrag gibt eine positive Richtung zu Wertschätzung von  
101 Pflege und Aufwertung, insbesondere der Intensivpflege vor.

102 Kurzfristig muss die Fachkräftebasis vergrößert werden, indem mittels  
103 "Willkommens-Programm" medizinische Fachkräfte, die in andere Bereiche  
104 abgewandert sind, zurückgewonnen werden. Die Delegation und Substitution von  
105 ärztlichen Leistungen auf Pflegekräfte und Gesundheitsberufe muss vorangetrieben  
106 werden, ebenso wie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.

107 Auf Landesebene werden wir die Zukunft der Krankenhäuser und deren Veränderung  
108 hin zu dauerhaft funktionierenden Orten der gesundheitlichen Versorgung durch  
109 steigende Investitionsmittel stärken. Dazu ist es dringend nötig, über einen  
110 Runden Tisch auf Landesebene die strategische Planung der Krankenhauslandschaft  
111 voranzutreiben. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit die zuständigen  
112 Akteur\*innen vor Ort moderne und innovative Formen der Versorgung entwickeln  
113 können. Wo nötig wollen wir Bündnisgrüne die derzeit 47 Krankenhausstandorte so  
114 umbauen, dass sie dauerhaft als Orte der medizinischen Versorgung erhalten  
115 bleiben, unter der Maßgabe Sicherung der Daseinsvorsorge. Das heißt für uns:  
116 Notambulanzen, Chirurgie, Kardiologie, Pädiatrie, Gynäkologie und  
117 Entbindungsstationen. Alles Weitere muss im Dialog aller für die  
118 Gesundheitsversorgung Verantwortung Tragenden nach dem Prinzip von Konzentration  
119 und Spezialisierung entwickelt werden.

120 Digitalisierung kann auch das Gesundheitswesen krisenfester machen. Um  
121 Onlinesprechstunden oder digitale Fallkonferenzen verstärkter nutzen zu können,  
122 brauchen wir verstärkten Breitbandausbau und ein Landeszentrum für Telemedizin.

123 Wir müssen den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), als wesentliche Säule der  
124 medizinischen Versorgung anerkennen und konkurrenzfähige Bezahlung der dort  
125 Diensthabenden gewährleisten. Wir brauchen an den Universitäten 5 Prozent  
126 reservierte Studienplätze für Studierende, die im Anschluss im ÖGD arbeiten  
127 wollen, ähnlich der Landarztquote. Die Kommunen müssen bei der Aufwertung des  
128 ÖGD unterstützt werden, mittels einer landesweiten Kampagne. In dieser sollte  
129 gleichzeitig für die Einhaltung der AHA-L Regeln, also Abstand halten,  
130 Hygieneregeln umsetzen, Alltagsmasken tragen und regelmäßig Lüften geworben

131 werden, sowie für Erhöhung der Impfbereitschaft. Das Land sollte durch  
132 Bereitstellung von Räumen in öffentlichen Institutionen die Durchführung von  
133 Impfkampagnen unterstützen.

#### 134 **Mit klugen Teststrategien schützen**

135 Besonders dort, wo Menschen in Gruppen zusammenkommen oder besonders gefährdete  
136 Menschen sich aufhalten, ist der Schutz vor Infektion herausfordernd.

137 Schüler\*innen und Lehrer\*innen, Kitakinder und Erzieher\*innen, Patient\*innen,  
138 Bewohner\*innen und Pflegekräfte müssen sich darauf verlassen können, dass das  
139 Land alles tut, um Schutz und Alltag miteinander in Einklang bringen zu können.

140 In Pflegeeinrichtungen schützt eine Testroutine vor Infektionen und Einsamkeit  
141 durch Besuchsverbote, in Kliniken ermöglicht sie einen reibungslosen Ablauf und  
142 ermöglicht Routinebehandlungen auch innerhalb der Pandemie und in Schulen und  
143 Kitas kann sie die Verbreitung des Virus und damit die Schließung von  
144 Einrichtungen und großflächige Quarantäne verhindern.

145 Mit den nun verfügbaren Schnelltests haben wir ein wirksames Instrument für  
146 große Testreihen in der Hand.

147 Wir sehen das Land in der Pflicht, mit einer konzertierten Teststrategie  
148 vulnerable Bereiche in den Blick zu nehmen, die praktische Umsetzung zu  
149 konzipieren und die Testungen nicht nur durch die Bereitstellung der dafür  
150 notwendigen Testkits, sondern auch durch die finanzielle Absicherung der nötigen  
151 personellen Ressourcen abzusichern.

#### 152 **Schule und Kita**

153 Kinder leiden seit Monaten unter den Einschränkungen der Pandemie auf vielen  
154 Gebieten, insbesondere im Bereich der Bildung. Für eine gute Entwicklung  
155 brauchen Kinder den Umgang mit anderen Kindern. Dies ist nicht durch dauerhaften  
156 Fernunterricht zu ersetzen. Nach den einschränkenden Monaten zu Beginn dieses  
157 Jahres hat sich deutlich gezeigt, welche z.T. verheerenden Folgen die allgemeine  
158 Schließung von Schulen und Kitas erzeugt. Daher begrüßen wir das oberste Ziel,  
159 trotz Pandemie Kitas und Schulen grundsätzlich offen zu halten.

160 Bildung muss dennoch sicher gemacht werden. Denn auch in Kindereinrichtungen und  
161 Schulen kommt es derzeit verstärkt zu Infektionen.

162 Damit Kitas und Schulen grundsätzlich geöffnet bleiben können, erwarten wir vom  
163 Bildungsministerium, Schule grundsätzlich neu zu denken. Dies soll in einem  
164 mittel- und langfristigen orientierten Strategieplan festgeschrieben werden.

165 Wir erwarten transparente Information zur Pandemielage an den Schulen im Land  
166 (vgl. aktualisierte Übersicht zu Fällen, Quarantäneanordnungen etc. auf den  
167 Seiten des Ministeriums), eine beschleunigte und konsequente Fortführung der  
168 Digitalisierungsbemühungen für Schulen mit dem Ziel, dass für alle Schulen im  
169 Land bis spätestens zum Jahreswechsel hybrider Unterricht – auch in geteilten  
170 Klassen – möglich ist.

#### 171 **Wirtschaftshilfen**

172 Es ist unsere Aufgabe als Politik dafür zu sorgen, dass die Lasten der Corona-  
173 Katastrophe solidarisch getragen werden. Wir müssen dort helfen, wo Existenzen  
174 bedroht sind, wo Ängste entstehen. Dafür muss schnell gehandelt werden. Jeder  
175 Tag ist für die Betroffenen kostbar. Wir brauchen zur Sicherung der betroffenen

176 Unternehmen daher die zügige Ausreichung der Corona-Hilfen des Bundes im Land.  
177 Die eingespielte Arbeitsstruktur der Investitionsbank Sachsen-Anhalt muss ggf.  
178 durch Landesbedienstete verstärkt werden.

179 Die bisherigen Lücken der Überbrückungshilfen, die insbesondere beim  
180 Unternehmerlohn für Soloselbstständige bestanden und Existenzen gefährdeten,  
181 werden mit der Novemberhilfe zunächst geschlossen. Wir müssen jedoch auf die  
182 weitere Entwicklung vorbereitet sein und wollen einen *Corona-Nothilfefonds* im  
183 Land schaffen, damit sich kurzfristig abzeichnende neue Lücken im Netz der  
184 Hilfen des Bundes jeweils schnell geschlossen werden können.

185 Wir schaffen ein *Landesprogramm Kultur*, das gezielt betroffene Kulturbereiche  
186 fördert und fordern ein *Programm für den Neustart* des Kultur- und  
187 Veranstaltungsbetriebs nach Corona.

188 Besonders betroffen sind *Studierende*, deren Jobs wegfallen, die jedoch nicht  
189 sozialleistungsberechtigt sind. Sie brauchen *gezielte finanzielle Unterstützung*  
190 und – vor allem am Ende ihres Studiums – Perspektiven für den Einstieg in das  
191 Arbeitsleben. Unterstützung muss auch jenen Auszubildenden zustehen, die in  
192 Folge der Corona-Situation ihren Ausbildungsplatz verloren haben.

193 Die Stabilisierung der Wirtschaft erfolgt auch über die Kommunen. Die aktuelle  
194 Steuerschätzung zeigt, wir brauchen auch für 2021 eine zumindest *teilweise*  
195 *Erstattung der ausgefallenen Gewerbesteuern vor Ort*.

196 Die Politik muss der Wirtschaft Orientierung bieten. Bei allen Maßnahmen, die  
197 über die Nothilfen zur Stabilisierung hinausgehen, werden wir darauf drängen,  
198 dass das *mobilisierte Geld dazu dient, unsere Art des Wirtschaftens klimaneutral*  
199 *und ressourcenschonend umzubauen*.

## Beschluss

Wahl der Mitglieder der Antragskommission zum Wahlprogrammparteitag

Gremium: Landesdelegiertenrat

Beschlussdatum: 27.11.2020

Tagesordnungspunkt: 5. Besetzung der Antragskommission für den Programmparteitag

## Antragstext

- 1 Dem Landesdelegiertenrat werden folgende Mitglieder für die Antragskommission
- 2 zum Wahlprogrammparteitag zur Wahl vorgeschlagen:
- 3 Frauenplatz: Antje Schulze (SV Halle (Saale))
- 4 Offener Platz: Olaf Meister (KV Magdeburg)

## Begründung

Für den Wahlprogrammparteitag ist eine besondere Antragskommission zu besetzen. In Paragraph 6 Absatz 14 unserer Satzung heißt es dazu:

*”Im Vorfeld eines Landesparteitages, welcher das jeweilige Landtagswahlprogramm zu Landtagswahlen beschließt, wird eine Antragskommission gebildet. Sie setzt sich zusammen aus zwei Mitgliedern des Landesvorstandes **sowie zwei durch den Landesdelegiertenrat zu wählenden Mitgliedern**. Die Antragskommission bereitet die Behandlung des abzustimmenden Wahlprogrammes in Zusammenarbeit mit den AntragstellerInnen vor. Sie kann dem Landesparteitag Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren von Anträgen über das zu beschließende Wahlprogramm geben. Ihre Empfehlungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages. Über ihre Empfehlungen wird zuerst abgestimmt. Empfehlungen der Kommission sind nur zum Verfahren, nicht aber bezüglich der Annahme oder Ablehnung von Anträgen zulässig.”*

Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 23.11.2020 Miriam Matz und Lysan Papenroth als Mitglieder für den LaVo gewählt und schlägt obige Basismitglieder zur Wahl durch den LDR vor.

## **Beschluss**

Jahresplanung 2021

Gremium: Landesdelegiertenrat  
Beschlussdatum: 27.11.2020  
Tagesordnungspunkt: 6. Jahresplanung/Termine 2021

### **Antragstext**

- 1 Der Landesdelegiertenrat beschließt folgende Termine für Ordentliche
- 2 Landesparteitage in 2021:
- 3 Samstag, 24. April 2021 Ordentlicher Landesparteitag (Programmparteitag)
- 4 Samstag, 27. November 2021 Ordentlicher Landesparteitag (Regulärer Parteitag)

### **Begründung**

Der Landesparteitag nimmt weiterhin die folgende Terminplanung zur Kenntnis:

Samstag, 06. März 2021 Ordentlicher Landesdelegiertenrat

Freitag, 28. Mai 2021 oder Ordentlicher Landesdelegiertenrat

Samstag, 29. Mai 2021

Sommer 2021 evtl. Außerordentlicher Landesdelegiertenrat im Falle von Sondierungsgesprächen nach der Landtagswahl

Sommer/Frühherbst 2021 evtl. Außerordentlicher Landesparteitag im Falle von Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl

## **Beschluss**

Haushalt 2021

Gremium: Landesdelegiertenrat

Beschlussdatum: 27.11.2020

Tagesordnungspunkt: 7. Haushalt und Finanzen / Beschluss Jahreshaushalt 2021

### **Antragstext**

- 1 Der Landesdelegiertenrat stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2021 zu.